

Hans-Jürgen Urban
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der IG Metall



Pressekonferenz

„Perspektiven für die Rente“

Vorschläge der IG Metall für den Neuaufbau einer
solidarischen Alterssicherung

Berlin, 20. Juli 2016

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Folgenden möchte ich Ihnen die Vorschläge der IG Metall für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung präsentieren.

Nach Comeback droht der Absturz

Keine Frage: Die gesetzliche Rente erlebt derzeit ein unerwartetes Comeback.

Die Beitragseinnahmen sprudeln, das „Rentenpaket“ des Jahres 2014 ging mit Verbesserungen einher und die Rentenerhöhung 2016 fiel mit 4,25 Prozent im Westen und 5,95 Prozent im Osten durchaus ansehnlich aus.

Dennoch führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass die Weichen für die Zukunft falsch gestellt sind.

Dem Comeback droht ein Absturz zu folgen.

Nach geltendem Recht dürfte das Rentenniveau, definiert als Netto-Renten vor Steuern im Verhältnis zum Durchschnittseinkommen der Rentenversicherten, bis zum Jahr 2030 bis auf 43 Prozent sinken.

Bei einem derzeitigen Rentenniveau von 47,5 Prozent bekommt der Eckrentner, der 45 Jahre lang auf der Basis des Durchschnittseinkommens Beiträge entrichtet hat, eine Brutto-Rente von 1.370 Euro (West).

Zur Jahrtausendwende wären das in heutigen Werten bei einem Niveau von 53 Prozent gut 1.530 Euro gewesen.

2030 könnte der vergleichbare Betrag auf 1.240 Euro sinken.

Weder die betriebliche Altersversorgung noch die Modelle der Privatvorsorge können diese Lücken schließen.

Die Diagnose fällt besorgniserregend aus:

1. Der programmierte Leistungsabbau und die Prekarisierung von Arbeit erzeugen schwerwiegende Versorgungsprobleme. Lebensstandardsicherung rückt für Viele in weite Ferne. Andere sind von Altersarmut bedroht.
2. Zweitens wirken der Abbau der gesetzlichen Renten und der Zwang zur Privatvorsorge als eklatanter Umverteilungsmechanismus.

Während die Arbeitgeber durch gedrosselte Beitragssatzsteigerungen entlastet werden, müssen die Beschäftigten mit immer größeren Teilen ihres Einkommens in kapitalgedeckte Privatprodukte investieren – ohne Garantie, die aufgerissenen Sicherungslücken wirklich schließen zu können. (Die Schätzungen laufen auf bis zu 9 Prozent).

3. Eine Rentenversicherung, die steigende Pflichtbeiträge einsammelt und vielfach Altersarmut und einen Absturz im Lebensstandard nicht verhindert, verliert fast zwangsläufig an Akzeptanz und Legitimation.

Ein Strategiewechsel in der Rentenpolitik ist unverzichtbar!

Diese Entwicklung muss gestoppt werden - es ist höchste Zeit für einen Strategiewechsel in der Alterssicherungspolitik:

Nicht möglichst niedrige Beitragssätze für die Arbeitgeber bei Zusatzbelastungen durch Privatvorsorge für die Beschäftigten, sondern eine auskömmliche gesetzliche Rente ist Sicherungsaufgabe des Sozialstaates.

Das erfordert einen „Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung“.

Unter dem Motto „Mehr Rente – mehr Zukunft“ hat der IG Metall-Vorstand ein Reformprogramm und eine politische Kampagne zur Durchsetzung entsprechender Forderungen beschlossen.

Für eine Rente mit Niveau!

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zentrum unserer Vorschläge steht ein höheres Niveau der gesetzlichen Rente.

Sie muss wieder den entscheidenden, also einen höheren Beitrag zur Lebensstandardsicherung leisten.

Die IG Metall schlägt dafür ein Drei-Phasen-Konzept vor:

- Das weitere Absinken des gesetzlichen Rentenniveaus muss umgehend gestoppt werden (Stabilisierungsphase).
- In einem zweiten Schritt sollen die Renten wieder an die Lohnentwicklung angekoppelt werden (Ankopplungsphase).
- Anschließend sollte das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente auf ein neues Sicherungsziel angehoben werden (Anhebungsphase).

Mit welcher Geschwindigkeit das Rentenniveau auf welche Höhe anzuheben ist, sollte gesellschaftlich diskutiert werden.

Diese Diskussion wollen wir als einen Generationendialog organisieren.

Das Gesamtversorgungsniveau, das im jährlichen Rentenversicherungsbericht als Versorgungsziel von gesetzlicher und Riesterrente ausgewiesen wird, könnte eine Orientierungsgröße sein.

Dieser Betrag liegt aktuell bei rund 1.450 Euro (brutto) und damit rund 5,25 Prozent höher als die aktuelle Standardrente.

Dieses Sicherungsniveau – in heutigen Werten – könnte ein Reformziel für die gesetzliche Rentenversicherung darstellen.

Zugleich sollten die erwerbsbiografischen Annahmen der neuen Standardrente berücksichtigen, dass nicht 45, sondern 43 Versicherungsjahre den Durchschnitt einer „normalen Vollzeitberufsbioografie“ darstellen.

Die IG Metall schlägt daher vor, sich an dieser Realität auszurichten und 43 Entgeltpunkte zum Bezugspunkt einer neuen Standardrente zu machen.

Diese Standardrente von rund 1.450 Euro sollte also mit 43 Entgeltpunkten erreichbar sein.

Da diese Anhebung des Rentenniveaus über eine allgemeine Aufwertung der individuellen „Rentenpunkte“ („Entgeltpunkte“) umgesetzt werden soll, wäre eine entsprechende Anhebung aller Renten die Folge.

Denn Entgeltpunkte sammeln alle Versicherte an.

Insgesamt wäre damit in etwa das Sicherungsniveau von vor den „Rentenreformen“ der letzten Jahre erreicht, allerdings unter zeitgemäßen Bedingungen.

Gute Renten solidarisch finanziert

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine Rückbesinnung auf die Leistungsseite der Alterssicherung und eine Anhebung des Versorgungsniveaus ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Gegenwärtig ist etwa ab 2021 mit steigenden Rentenbeiträgen zu rechnen.

Für die Beschäftigten keine gute Aussicht.

Denn nach Lage der Dinge gehen für sie steigende Beiträge mit sinkenden Leistungen und einem höheren Druck zu einseitig zu finanzierender Privatvorsorge einher.

Die Vorschläge der IG Metall weisen einen anderen Weg. Wir schlagen einen solidarischen Beitragsweg vor.

Er besteht aus einem Mix aus verschiedenen Instrumenten:

- einer Demographie-Reserve, die in den Phasen aufzubauen ist, in der die Beitragseinnahmen die Ausgaben übersteigen;
- einem höheren Bundeszuschuss, etwa zur Finanzierung der Mütterrente;
- Einnahmen aus der Erweiterung des versicherten Personenkreises;
- sowie schließlich einer moderaten Anhebung des paritätischen Beitragssatzes, die notwendig wird, wenn die Effekte der Demographie-Reserve und der Erwerbstätigenversicherung nachlassen.

Nach unseren Berechnungen würde sich dieser Beitrag im Korridor zwischen jeweils 11-12,5 Prozent bewegen – wohlgemerkt: im Jahre 2030!

Dieser Weg wäre gegenüber dem Status quo nachhaltiger und gerechter – und damit ein sozialer Fortschritt.

Denn der finanzielle Mehraufwand für die gesetzliche Rente läge für einen Durchschnittsverdiener in heutigen Werten bei maximal 45 Euro und nur dann, wenn keine zusätzlichen Einnahmen realisiert würden.

Also: Mit Demografie-Reserve, Steuerzuschuss und Erwerbstätigenversicherung läge er deutlich niedriger.

Gleichzeitig würde die Standardrente um 22,5 Prozent gegenüber einem Rentenniveau von 43 Prozent und damit um etwa 280 Euro steigen.

Ein eindrucksvoller Beleg für die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung!

Zur Angleichung der Rentenwerte in Ost und West

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich eine Anmerkung zu den Vorschlägen von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles zur Angleichung der Rentenwerte in Ost und West machen.

Eine Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen zwischen West und Ost ist – über 20 Jahre nach der „Einheit“ – mehr als überfällig.

Das gilt auch für die Renten.

Aber entsprechende Reformen sollten zusammenführen, nicht spalten, sollten mehr Gewinner als Verlierer produzieren.

Hier habe ich bei den bisher bekannt gewordenen Vorschlägen aus dem BMAS erhebliche Zweifel.

Denn die Verbesserung der Bestandsrenten würde mit der Schlechterstellung der Zukunftsrenten bezahlt.

Die Rentner profitieren durch einen einheitlichen aktuellen Rentenwert in Ost und West, die Beschäftigten verlieren Ansprüche durch die Streichung der Hochwertung ihrer Beiträge.

Für rund 6 Millionen ostdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fielen die Renten langfristig geringer aus.

Das wäre weder einheitsförderlich noch generationengerecht.

Wir ziehen daraus zwei Schlussfolgerung:

Erstens wäre die Rentenangleichung über eine Einkommensangleichung nach wie vor der bei weitem bessere Weg.

Zweitens: Sollte eine Angleichung des Rentenrechts zu Einbußen bei den Ost-Zukunftsrenten führen, muss diese mit der deutlichen Stärkung von armutsvermeidenden Maßnahmen flankiert werden.

Sonst wird sich das Risiko vermehrter Altersarmut deutlich erhöhen.

Fazit

Meine Damen und Herren,

ich fasse zusammen:

1. Die IG Metall plädiert für einen Strategiewechsel in der Alterssicherungspolitik, durch den auskömmliche Renten wieder zum Sicherheitsziel des Sozialstaates werden.
2. Die gesetzliche Rente muss nicht nur vor Armut schützen, sondern wieder einen deutlich höheren Beitrag zur Sicherung eines angemessenen Lebensstandards leisten.
3. Erforderlich ist eine Stabilisierung und anschließende Anhebung des Sicherungsniveaus – für alle Rentenarten.
4. Die Finanzierung besserer Rentenleistungen sollte über einen solidarischen Beitragsweg erfolgen, der auf einen Mix aus Steuerzuschüssen, aus einer Erwerbstätigenversicherung sowie ggf. einer moderaten Beitragssatzanhebung setzt.

Die Reformvorschläge der IG Metall sollen vor Ort und zugleich mit Sozialverbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien diskutiert werden.

Unser Ziel ist die solidarische Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung, einer der zentralen Errungenschaften des deutschen Sozialstaats.

Wir freuen uns auf eine engagierte Debatte und ein ebenso engagiertes, politisches Handeln zur Realisierung dieses Zieles.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!